



II-9540 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/93-I/6/89

22. Dezember 1989

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

4365 IAB

Parlament
1017 Wien

1989 -12- 22

zu 4518 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Parnigoni und Genossen haben am 9. November 1989 unter der Nr. 4518/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ergebnis Besuch Ministerpräsident Adamec gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der CSSR und Österreich wurden besprochen?
2. Konnten konkrete Ergebnisse, z.B. die Öffnung unserer Grenzübergänge, die Verbesserung der Verkehrsverbindungen und erleichterte Visaerteilung und verstärkte Ausfolgung von Kurzvisa an der Grenze, sowie einem allfälligen kleinen Grenzverkehr in der Stadt Gmünd erzielt werden?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend möchte ich bemerken, daß der Besuch des damaligen Ministerpräsidenten der CSSR, Adamec, Ende Oktober 1989 stattgefunden hat. Die Dynamik der politischen Entwicklung in der CSSR ist allerdings so groß, daß seit dem Zeitpunkt dieses Besuchs wesentliche Veränderungen, z.B. in der Visafrage, eingetreten sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß die Bundesregierung, diesen Veränderungen

Rechnung tragend, in ihrer Sondersitzung am 14. Dezember 1989 jene innen- und außenpolitischen Konsequenzen erörtert hat, die sich für Österreich aus dieser Entwicklung ergeben. In der folgenden Beantwortung beschränke ich mich aber i.S. der Anfrage auf die Ergebnisse, die der Besuch von Ministerpräsident Adamec gebracht hat.

Zu Frage 1:

Es wurden folgende Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen erörtert:

- Zusammenarbeit zwischen Banken;
- Zusammenarbeit zwischen Unternehmungen, Wirtschafts- und Industriekooperationen;
- Zusammenarbeit zwischen grenznahen Betrieben;
- Maßnahmen im Zollbereich;
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der energiesparenden Umwelttechnologie;
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (ich habe ausdrücklich auch darauf hingewiesen, daß die Sensibilität gegenüber Atomkraftwerken in der österreichischen Bevölkerung sehr hoch ist und verweise in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der an mich gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 4417/J);
- Abschluß eines Investitionsschutzabkommens;
- Abschluß eines Fremdenverkehrsabkommens (es sollten durch dieses Abkommen auch regionale Kooperationen ermöglicht werden);
- Intensivierung des beiderseitigen Tourismus und
- Erleichterungen im grenzüberschreitenden Reiseverkehr.

Vorschläge der CSSR-Seite:

- Joint Ventures für Bau, Renovierung und Betrieb von Hotels;
- gemeinsame Reisebüros;
- gemeinsame Incomingreisebüros im Ausland;

- Abkommen über den kleinen Grenzverkehr;
- Fußgänger- und Radfahrerwege entlang der Thaya, March und Donau;
- weitere Grenzübergänge mit Einreisesichtvermerkserteilungsmöglichkeiten;
- schnellere Bahnverbindung Prag - Wien;
- tägliche Bahnverbindung Brünn - Wien;
- Auflassung einer Station vor dem Bahngrenzübergang Breclav - Hohenau zur Beschleunigung der Grenzabfertigung;
- neue Autobusverbindungen zu Grenzorten in Nieder- und Oberösterreich,
- Abkommen über Einreisesichtvermerksfreiheit für Minderjährige bis 15 Jahre;
- Abkommen über Einreisesichtvermerkserteilung mit einjähriger Gültigkeit für Journalisten und deren Familienangehörige;
- dreiseitige Gespräche (CSSR, Österreich, Polen) zur Beschleunigung der Abfertigung an der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze vor allem für polnische Staatsbürger;
- Benützung von Spitätern im jeweils anderen Staat für die Grenzbevölkerung in Akutfällen.

Die Vorschläge der österreichischen Seite betrafen folgende Bereiche (eine Liste mit folgendem Inhalt wurde überreicht):

- Sichtvermerkserteilung an weiteren Grenzübergängen;
- generelle Befreiung von Einreisesichtvermerksgebühren bzw. zunächst schrittweise Reduzierung;
- generelle Abschaffung des Pflichtumtauschs;
- Erteilung von Transit-Sichtvermerken in den Zügen;
- Einstellung der diskriminierenden Behandlung einer Gruppe österreichischer Staatsbürger (ehemals tschechoslowakische Staatsangehörige) bei der Einreisesichtvermerkserteilung;
- Abschluß eines Abkommens über die Grenzabfertigung im fahrenden Zug;
- Reduzierung der Paß- und Zollkontrollen in den Nachzügen;
- Ausdehnung des Aufenthaltsbereichs der ÖBB-Bediensteten im Bahnhof Breclav;

- Eröffnung weiterer Grenzübergänge;
- Errichtung eines Kleinen Grenzverkehrs;
- touristischer Zugang zum Plöckensteiner See bzw. zum Adalbert Stifter Denkmal (langjähriger Wunsch der OÖ-Landesregierung);
- Fragen der Menschenrechte;
- Zusammenarbeit der Universitäten und Akademien der Wissenschaften;
- kulturelle Zusammenarbeit (Einrichtung eines Kulturinstituts in Prag);
- Annäherung EFTA - CSSR.

Zu Frage 2:

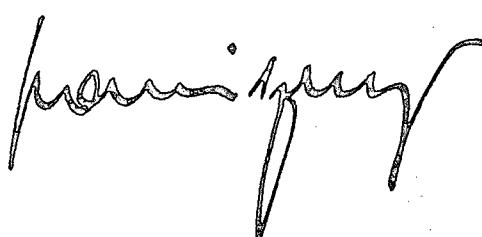
Im konkreten wurde vor allem ein Vertrag zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz unterzeichnet.

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde die Errichtung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die u.a. die Umsetzung von Projekten für umweltschonende Technologien vorantreiben soll.

Angesichts der Wichtigkeit von Erleichterungen im Bereich des Personenverkehrs für die Bevölkerung wurde eine intensive Weiterverfolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der bestehenden bilateralen Kommissionen - Expertengruppe für Reiseerleichterungen sowie Expertengruppe über die Verbesserung des beiderseitigen grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs - beschlossen.

Ein Treffen der Verkehrsminister hat am 17. November d.J. stattgefunden.

Außerdem wurde eine baldige Unterzeichnung des Fremdenverkehrsabkommens und des Investitionsschutzabkommens vereinbart.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Kammerbauer", is positioned here.